

Arbeits- und Sozialmedizin

In gewisser Weise kann die Gewerbehygiene als früher Wegbereiter des Faches *Arbeitsmedizin* an der Justus-Liebig-Universität angesehen werden. Karl Paul Schmidt, von 1914 bis 1917 in Gießen, führte Gewerbehygiene in den akademischen Unterricht ein. Eine ordentliche Honorarprofessur für Gewerbehygiene hatte von 1917 bis 1926 Hermann Adolf Griesbach inne.

Die Geschichte des Faches *Sozialmedizin* an der Universität Gießen begann im Jahre 1965. Am 12. Juli 1965 wurde ein Antrag der Medizinischen Fakultät auf Umbenennung des bestehenden Extraordinariats für Sozialhygiene in ein Extraordinariat für Sozialmedizin genehmigt. Den Ruf auf das Extraordinariat für Sozialmedizin erhielt am 13. August 1965 Dr. Manfred Pflanz, Privatdozent für innere Medizin und psychosomatische Medizin, Gießen. Am 23. März 1966 erfolgte die Ernennung zum außerordentlichen Professor für Sozialmedizin, einen Monat später diejenige zum Direktor des Instituts für Sozialmedizin. Die Medizinische Fakultät beantragte am 22. Juni 1966 die Umwandlung der a. o. Professur in ein planmäßiges Ordinariat. Pflanz erhielt am 13. Juli 1966 einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Epidemiologie und Sozialhygiene an der Medizinischen Hochschule Hannover, welchem Folge geleistet wurde. – Mehrjährigen Bemühungen der Medizinischen Fakultät um eine qualifizierte Besetzung der inzwischen eingerichteten planmäßigen Professur (C4) für Sozialmedizin blieb der Erfolg versagt.

1968, im 361. Jahr der Geschichte der Universität Gießen, führten die Beratungen

der Medizinischen Fakultät auch in der Frage einer angemessenen Vertretung des Faches *Arbeitsmedizin* zu greifbaren Ergebnissen. Der Beschluß zur Schaffung eines Lehrstuhles und Instituts für Arbeitsmedizin wurde in die Tat umgesetzt. Prof. Dr. Dr. Joseph Rutenfranz, Dortmund, wurde am 22. Dezember 1968 zum ordentlichen Professor und Direktor des Instituts für Arbeitsmedizin ernannt. Die räumliche Unterbringung erfolgte im Sportzentrum der Universität, Kugelberg. Weitblickend und als erste der drei hessischen Landesuniversitäten kam Gießen damit der zukünftigen Entwicklung entgegen. Mit der Approbationsordnung für Ärzte von 1970 fanden Arbeitsmedizin und Sozialmedizin als zwei eigenständige Lehr- und Prüfungsfächer allgemein Eingang in die Universitätsausbildung des Arztes. Im Rahmen der ökologischen Fächer erweiterte sich damit der Prüfungsstoff der klassischen Fächer Hygiene und Rechtsmedizin im medizinischen Staatsexamen um denjenigen der Arbeits- und Sozialmedizin.

Die Fertigstellung und Ausstattung der Institutsräume am Kugelberg konnte bis Mitte 1969 abgeschlossen, der Vorlesungsbetrieb ab Sommersemester 1969 aufgenommen werden. Bereits im folgenden Jahr bewies das Institut seine Ausstrahlungskraft. Nicht nur das erste Arbeitswissenschaftliche Kolloquium der hessischen Lehrstühle für Arbeitsphysiologie und Rehabilitationsforschung in Marburg, für Arbeitswissenschaft der Technischen Hochschule in Darmstadt und für Arbeitsmedizin der Justus-Liebig-Universität in Gießen fand 1970 in Gießen statt, sondern

auch die 10. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin. Bereits ein Jahr später erhielt Rutenfranz einen Ruf als Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie an der Universität Dortmund. Die Bleibeverhandlungen in Gießen gestalteten sich sehr schwierig, da das Institut für Arbeitsmedizin seine Räume nach Berufung eines Sportmediziners aufgeben mußte. Aus Raumnot verlor die Justus-Liebig-Universität am 2. November 1972 ihren ersten Arbeitsmediziner an die aufstrebende, junge Universität Dortmund. Rutenfranz nahm dennoch die Amtsgeschäfte in Gießen bis Ende des Sommersemesters 1973 kommissarisch wahr. Nicht weniger als ca. 50 wissenschaftliche Veröffentlichungen, insbesondere zu Fragen erschwerender Arbeitsformen wie Nacharbeit, Schichtarbeit, Arbeiten unter besonderer sensorischer und/oder motorischer Belastung, der Frauen- und Jugendarbeit sowie der körperlichen Leistungsfähigkeit legen Zeugnis ab für die fruchtbare erste Entwicklungsphase 1969 bis 1972 des Faches Arbeitsmedizin an unserer Alma mater.

Die Strukturänderungen an den Hessischen Universitäten brachten 1973 die Eingliederung des Instituts für Arbeitsmedizin in das neu gebildete *Medizinische Zentrum für Ökologie*. Die Institutsgeschäfte nahm kommissarisch Dozent Dr. Dietrich Post vom Institut für Rechtsmedizin wahr. Der Lehrbetrieb konnte teilweise durch Ministerialrat Dr. Emil Reif, Landesgewerbearzt im Hessischen Sozialministerium, Wiesbaden, und langjähriger Lehrbeauftragter für Arbeitsmedizin an der Justus-Liebig-Universität, aufrecht erhalten werden.

Den Ruf auf die neu ausgeschriebene Professur (C4) für Arbeitsmedizin erhielt Dr. Hans-Joachim Woitowitz, Privatdozent für Arbeits- und Sozialmedizin, Schüler von Prof. Dr. Helmut Valentin, Erlangen, am 7. November 1973. Die Ernennung

zum Professor für Arbeitsmedizin an der Universität Gießen erfolgte zum 12. November 1974. Das neu aufzubauende Institut für Arbeitsmedizin sollte räumlich nunmehr im Neubau des Mehrzweckinstitutsgebäudes Physiologie, Aulweg 129, unterbracht werden (s. o., Abb. 2,1). Die Lehraufgaben des Faches Arbeitsmedizin wurden mit Beginn des Wintersemesters 1974/75 übernommen. Bis Mitte 1975 konnten die Institutsräume einschließlich einer poliklinischen Bettenstation fertiggestellt und eingerichtet werden.

Nach der Gewinnung von Mitarbeitern für den poliklinischen Bereich sowie für das Schadstofflabor Chemie wurden bis Ende 1975 die Vorbereitungen zur Übernahme von Aufgaben auch in der arbeitsmedizinischen Forschung und Krankenbetreuung abgeschlossen.

Für das Fach Sozialmedizin gestaltete sich die Erfüllung der Lehrverpflichtungen zunehmend als ebenso schwierig wie dringlich. Nach dem Beispiel anderer Universitäten erschien die gemeinsame Institutionalisierung der Fächer Arbeits- und Sozialmedizin als geeignetste Lösung. So erfolgte zum Sommersemester 1976 die Übernahme der Lehrverpflichtungen auch für das Fach Sozialmedizin, und zwar sowohl für Human- als auch für Zahnmediziner. Als eine wesentliche Unterstützung dieser Aufgabe erwies sich die Vergabe von Lehraufträgen an Amtsarzt Dr. Hans Fornfeist, Gießen, und Chefarzt Dr. Wolfgang Koenig, Bad Nauheim.

Die offizielle Erweiterung der bisherigen Professur für Arbeitsmedizin zu einer Professur für Arbeits- und Sozialmedizin erfolgte zum 1. April 1976. Mit der Zuteilung gewisser Nutzflächen sowie personeller und Sachmittel konnten gleichzeitig Aufgaben in der Forschung, ambulanten und stationären Krankenbetreuung beider Fächer übernommen werden. Entsprechend wurde die Abteilung umbenannt in *Institut*

für *Arbeits- und Sozialmedizin*. Folgende, überwiegend langfristige Forschungsprojekte wurden ab 1976/77 aufgenommen sowie deren Ergebnisse ganz oder teilweise veröffentlicht:

- Längsschnittuntersuchungen zu den Auswirkungen inhalativer Noxen am Arbeitsplatz,
- Radiotelemetrische Langzeituntersuchungen von Herzschlagfrequenz und Elektrokardiogramm während der Arbeitsschicht von Gußputzern,
- Aufhellung der Dunkelziffer von Asbestinhalationsfolgen bei nicht mehr beruflich asbeststaubexponierten Personen,
- Epidemiologische Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Asbestzementbearbeitung auf Baustellen als Emissionsquelle und Asbestinhalationsfolgen nach langjähriger Exposition,
- Belastbarkeitsvoraussetzungen für Träger von Preßluftatmern,
- Belastbarkeitsvoraussetzungen für Träger von filternden Atemschutzgeräten.

Nachdem Mitarbeiter gewonnen waren, konnte 1977 das Schadstofflabor Physik aufgebaut werden. Hiermit fand die zweite Aufbauphase eines funktionsfähigen und poliklinisch geführten Instituts für Arbeits- und Sozialmedizin im Lande Hessen ihren vorläufigen Abschluß.

Zu weiteren Entwicklungen kam es im Jahre 1979. Voitowitz trat in den Vorstand der neu gegründeten Hessischen Akademie für Betriebs- und Arbeitsmedizin, Bad Nauheim, ein. Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur Ausgestaltung und Durchführung der vorgeschriebenen ärztlich-theoretischen Weiterbildung im neu geschaffenen Facharztgebiet Arbeitsmedizin geleistet werden.

Im August 1979 wurde eine zweite Professur (C3) für Arbeits- und Sozialmedizin, Schwerpunkt Sozialmedizin, an der Justus-Liebig-Universität bereitgestellt und ausgeschrieben. Der Ruf erging 1980 an

Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Schmahl, Tübingen, wurde jedoch im Oktober 1981 abgelehnt.

Gemeinsam mit dem Hessischen Sozialministerium und der Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Hessen wurde am 29. Mai 1980 ein öffentliches Kolloquium über Gesundheitsrisiken durch Asbest am Institut für Arbeits- und Sozialmedizin, Gießen, durchgeführt. Im gleichen Jahr erfolgte ein erstes Gießener Arbeitsmedizinisches Kolloquium in Verbindung mit dem Landesverband Hessen im Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte.

Im Dezember 1979 erhielt Voitowitz einen Ruf als ordentlicher Professor und Direktor des Instituts und der Poliklinik für Arbeitsmedizin, Sozialmedizin und Sozialhygiene an der Universität zu Köln. Die Bleibeverhandlungen gestalteten sich insbesondere wegen der inzwischen erneut unzureichenden räumlichen Unterbringung als schwierig. Konstruktive Lösungsvorschläge des Klinikumsvorstandes in der Raum- und Sachmittelfrage in Verbindung mit persönlicher Förderung des Hessischen Sozialministers in der Stellenfrage schufen die Grundlage für erfolgreiche Bleibeverhandlungen. Der Ruf nach Köln konnte im Februar 1981 abgelehnt werden. Die Abteilung erhielt nunmehr auch offiziell die Bezeichnung „*Institut und Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin*“.

Folgende weitere längerfristige Forschungsprojekte wurden begonnen:

- Auswirkungen dosierter Arbeitsbelastung bei Arbeitnehmern mit unterschiedlicher bronchialer Reagibilität,
- Asbestinhalationsfolgen bei Arbeitnehmern in Bremsendiensten.

Ab Oktober 1981 konnten Mitarbeiter für den zuletzt genannten Forschungsauftrag gewonnen werden. Damit einher ging der Aufbau eines Labors für analytische Rastertransmissions-Elektronenmikroskopie als Voraussetzung zur Erforschung be-

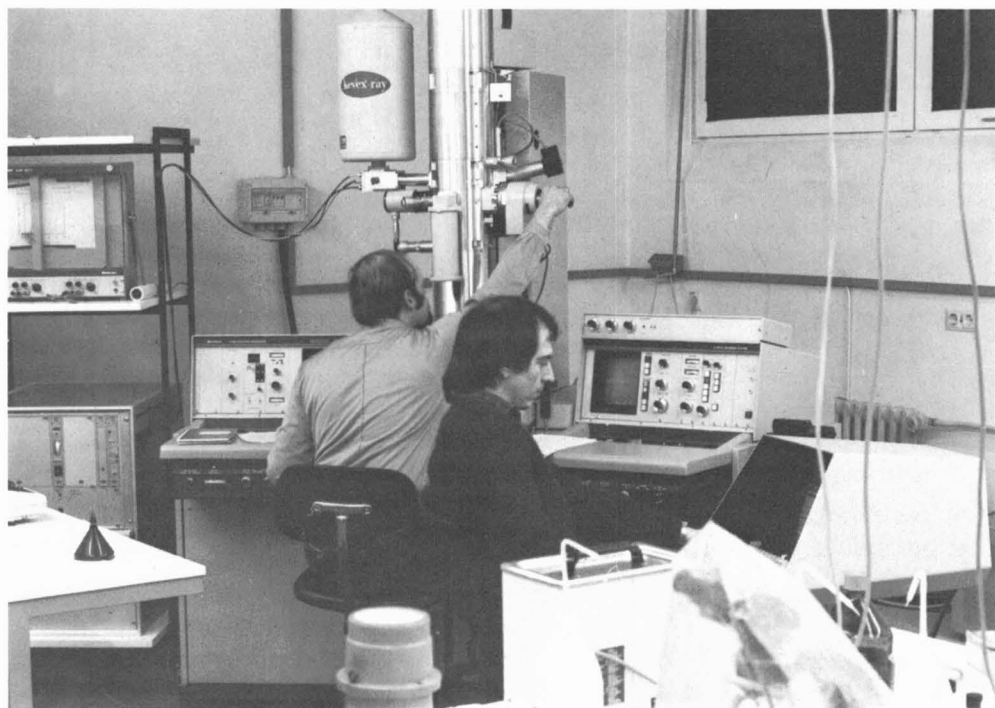


Abb. 9,1: Analytisches Rastertransmissions-Elektronenmikroskop zur Identifizierung krebserzeugender Faserstäube, z.B. Asbest. Die Gefährdung durch tumor erzeugende Stoffe der Arbeitswelt stellt einen besonderen Schwerpunkt des Instituts und der Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin der Universität Gießen in der Forschung und Krankenbetreuung dar.

stimmter Krebsgefährdungen am Arbeitsplatz und in der allgemeinen Umwelt (Abb. 9,1).

Am Institut und der Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin der Universität Gießen haben bis Ende 1981 fünf ärztlich-wissenschaftliche Mitarbeiter den arbeitsmedizinischen und z. T. einen internistischen Teil ihrer Weiterbildung abgeschlossen und dadurch die Bezeichnung „Arzt für Arbeits-

medizin“ erhalten. Fünf weitere ärztlich-wissenschaftliche Mitarbeiter befinden sich z. Z. in der Weiterbildung.

Die Arbeitsergebnisse der zweiten Entwicklungsphase 1975 bis 1981 haben in etwa 60 Veröffentlichungen im arbeits- und sozialmedizinischen Fachschriftentum ihren Ausdruck gefunden.

Hans-Joachim Weitowitz